Humanitäre Hilfe sichern – Völkerrecht durchsetzen – gerechten Frieden ermöglichen

Gemeinsamer Aufruf von Verantwortlichen katholischer Organisationen an die Bundesregierung zur Lage im Heiligen Land

In wenigen Tagen beginnt der Advent: Christ*innen in aller Welt richten ihren Blick nach Bethlehem, auf das Heilige Land. Seit der Waffenruhe im Oktober 2025 und dem 20-Punkte-Plan der US-Regierung ist die Region zunehmend aus den Schlagzeilen verschwunden. Unsere kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Partner*innen vor Ort berichten uns jedoch: Für die palästinensische Zivilbevölkerung bleibt die Lage im Gazastreifen, im Westjordanland und in Ostjerusalem höchst prekär, in Teilen verschärft sie sich weiter.

Israel hat das Recht, seine Bevölkerung vor Terrorismus und Gewalt zu schützen. Gleichzeitig gilt: Dauerhafte Sicherheit kann nur auf der Grundlage des humanitären Völkerrechts und der Achtung der Menschenrechte erreicht werden. Im Gazastreifen steht weiterhin mehr als die Hälfte des Gebiets unter israelischer Militärkontrolle. Im übrigen Gebiet übt die bis heute nicht entwaffnete, terroristische Hamas weiterhin faktische Kontrolle aus. Solange sie ihre Waffen nicht abgibt und die israelische Armee sich nicht vollständig aus dem Gazastreifen zurückzieht, bleibt der Weg zu einem dauerhaften Frieden und zu einer selbstbestimmten Zukunft der Menschen in Gaza versperrt. Trotz der offiziellen Waffenruhe kommt es täglich zu israelischen Angriffen, bei denen regelmäßig Zivilist*innen getötet und verletzt werden. Dringend benötigte Hilfsgüter gelangen wegen anhaltender Beschränkungen und ausbleibender Genehmigungen durch israelische Behörden nur unzureichend in das Gebiet. Die verheerenden Regenfälle Anfang November haben die Not der Menschen in zerstörten Häusern und provisorischen Unterkünften dramatisch verschärft, während Zelte, Planen und Decken nahezu aufgebraucht sind.

Im Westjordanland und in Ostjerusalem hat die Gewalt israelischer Siedler*innen gegen die palästinensische Bevölkerung ein neues Höchstmaß erreicht. Sie trifft Dörfer, Olivenbäuer*innen und auch christliche Gemeinden und bleibt fast immer ungeahndet. Die israelische Polizei und Armee dulden diese Gewalt und unterstützen sie oftmals, indem sie israelisch-jüdische und internationale gewaltfreie Unterstützer*innen der palästinensischen Bevölkerung festnehmen. Zugleich treibt die israelische Regierung den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau voran. Projekte wie die Siedlung E1 zwischen Ostjerusalem und Ma'ale Adumim würden das Westjordanland faktisch zerschneiden. Damit wird die territoriale Grundlage palästinensischer Selbstbestimmung gezielt zerstört.

Die Bundesregierung hat sich wiederholt zur Zwei-Staaten-Lösung bekannt. Daraus folgt die Verantwortung, allem entschieden entgegenzuwirken, was diese Lösung untergräbt. Die laufende Regierungsbildung in Israel ist ein Moment, in dem deutsche und europäische Politik klare Erwartungen formulieren kann und muss.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf:

- **Humanitäre Hilfe verlässlich zu finanzieren**. UNRWA, Unicef und zivilgesellschaftliche humanitäre Organisationen müssen so ausgestattet werden, dass sie ihre lebenswichtige Arbeit fortführen können.
- **ungehinderten humanitären Zugang politisch durchzusetzen**. Die Bundesregierung muss wirksamen Druck auf die israelische Regierung ausüben, damit Hilfsorganisationen, darunter auch kirchliche Akteure wie das Lateinische Patriarchat von Jerusalem, mit ihren Hilfsgütern und Dienstleistungen ohne Einschränkungen die Zivilbevölkerung im Gazastreifen erreichen.

- **Siedlergewalt konsequent zu ahnden**. Die Bundesregierung muss sich für gezielte Sanktionen gegen gewalttätige Siedler und ihre Unterstützer*innen einsetzen. Zudem muss sie sicherstellen, dass deutsche und europäische Unternehmen, dem Gutachten des Internationalen Gerichtshof von 2024 folgend, die völkerrechtswidrige Besiedlung der besetzten palästinensischen Gebiete weder wirtschaftlich noch praktisch unterstützen. Gezielte Sanktionen und diplomatischer Druck können Wirkung entfalten. Das zeigt auch die israelische Reaktion auf britische Sanktionen im Kontext des E1-Projektes. Darüber hinaus erinnern wir daran, dass Artikel 2 des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel die Achtung der Menschenrechte als wesentlichen Bestandteil des Abkommens festschreibt. Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass diesem Grundsatz wirksam Geltung verschafft wird. Dazu gehört auch, eine Aussetzung des Abkommens als diplomatisches Druckmittel zu erwägen.
- **Rüstungsexporte völkerrechtskonform zu gestalten**. Es dürfen keine Rüstungsgüter genehmigt werden, bei denen ein klares Risiko besteht, dass sie für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht eingesetzt werden.
- **Rechenschaft sicherzustellen**. Verstöße gegen das Völkerrecht, gleich von welcher Seite, müssen unabhängig aufgeklärt und geahndet werden. Die Bundesregierung muss die Arbeit der internationalen Gerichtsbarkeit uneingeschränkt respektieren und unterstützen. Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof sind nicht hinnehmbar und müssen Gegenstand diplomatischer Gespräche sein.
- **Zivilgesellschaft und Versöhnung zu stärken**. Frieden wächst nicht allein aus Abkommen. Die Bundesregierung soll Dialog- und Begegnungsprojekte, interreligiöse Initiativen und Angebote zur Traumabewältigung auf israelischer wie palästinensischer Seite gezielt und langfristig fördern.

„Es gibt keine Zukunft, die auf Gewalt, Zwangsexil und Rache aufbaut! Die Völker brauchen Frieden; wer sie wirklich liebt, der arbeitet für den Frieden“, betont Papst Leo XIV.[1] Als katholische Organisationen stehen wir weiter an der Seite unserer Partner*innen im Heiligen Land, die unter schwierigsten Bedingungen Nothilfe leisten, Bildung ermöglichen und Räume der Begegnung offenhalten. In diesem Advent erinnern wir daran: Frieden braucht mehr als Appelle. Er braucht den politischen Willen, Menschenrechte zu schützen, Völkerrecht durchzusetzen und allen Menschen im Heiligen Land eine Zukunft in Sicherheit und Würde zu ermöglichen.

25. November 2026,

Pfr. Dirk Bingener, missio Aachen und Kindermissionswerk "Die Sternsinger", Präsident

Pfr. Dr. Andreas Frick, Misereor, Hauptgeschäftsführer

Dr. Claudia Lücking-Michel, AGIAMONDO, Geschäftsführerin

Dr. Oliver Müller, Caritas international, Leiter und Vorstand Internationales, Migration und Katastrophenhilfe des Deutschen Caritasverbandes

Dr. Irme Stetter-Karp, Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Präsidentin

Birgit Wehner und Odilo Metzler, pax christi, Deutsche Sektion, Bundesvorsitzende

[1] Vgl. „Papst Leo: Erneuter Appell für Gaza“; URL: https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2025-09/gaza-israel-krieg-papst-leo-xiv-appell-frieden-angelus.html.